

Neues aus der Landeshauptstadt

Künftige strategische Ausrichtung sächsischer Haushalte

Der Haushalt ist das komplexeste Produkt eines Staates, da alle Politikfelder mit entsprechender Wertigkeit einfließen. Die strategischen Eckpunkte der sächsischen Finanzpolitik sind Stabilität, Innovationsfähigkeit und Generationengerechtigkeit. Die Staatsregierung wird bis zu den Sommerferien nächstes Jahr den Entwurf eines Doppelhaushaltes 2013/2014 vorlegen, welcher im Herbst im Landtag beraten und in der Landtagssitzung im Dezember 2012 beschlossen wird.

1. Stabilität

Der derzeitige sächsische Landeshaushalt bewegt sich im Gesamtvolumen konstant zwischen 14,5 und 15,5 Mrd. Euro jährlich und wird sich bis zum Jahre 2020 nach Ablauf des Solidarpaktes — Bundestransfer zum Aufbau des Freistaats — um ca. 2 Mrd. Euro verringern. Die Fördermittel der Europäischen Union werden ab 2014 voraussichtlich nur noch mit zwei Dritteln der jetzigen Förderhöhe zur Verfügung stehen. Dies sind 1,5 Mrd. Euro weniger. Um diesen Rückgang zu kompensieren, sind eigene Steuermehreinnahmen sowie Wirtschaftswachstum notwendig. Während die westdeutschen Flächenländer 60 bis knapp 75 Prozent ihrer Ausgaben durch eigene Steuereinnahmen finanzieren, sind das in den ostdeutschen Flächenländern nur 45 bis 48 Prozent. Sachsen hat mit rund 53 Prozent die höchste Steuerdeckungsquote unter den ostdeutschen Ländern.

Weiterhin negativ wirkt sich die Bevölkerungsentwicklung auf die Einnahmen aus. 2010 hatte der Freistaat noch 4,15 Mio. Einwohner. In den nächsten 15 Jahren wird ein weiterer Rückgang um 350.000 Sachsen erwartet. Nach derzeitigem Stand verliert Sachsen mit jedem Einwohner zusätzlich 2.600 Euro.

2. Innovationsfähigkeit und Generationengerechtigkeit



Generationengerechtigkeit als Maßstab in Sachsen

Bei der Aufstellung des Landeshaushaltes muss die Frage gestellt werden, welche Politikfelder Priorität besitzen sollen, damit der Freistaat innovationsfähig bleibt. Schwerpunkte bisher waren die Bereiche Bildung und Forschung mit jährlich rund 5 Mrd. Euro, also ein Drittel des gesamten Landeshaushaltes. Im

bundesdeutschen Vergleich verfügt Sachsen mit 17,5 Prozent über die höchste Investitionsquote trotz der rückläufigen Investitionen in den vergangenen Jahren auf Grund der Haushaltslage.

Während in den Jahren 1991 bis 2005 auf Grund des hohen Nachholbedarfes noch Kredite aufgenommen werden mussten, werden seit 2006 Schulden getilgt, jährlich 75 Mio. Euro. Damit ist Sachsen das einzige Land, welches Verbindlichkeiten abbaut. Lediglich Mecklenburg-Vorpommern und Bayern nehmen auch keine neuen Kredite auf. Nach Bayern (2.337 Euro je Einwohner) ist Sachsen das am geringsten verschuldete Flächenland Deutschlands mit 2.847 Euro je Einwohner.

Derzeit zahlt der Freistaat Sachsen jährlich ca. 400 Mio. Euro Zinsen für bestehende Kredite. Wäre Sachsen entsprechend dem Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer verschuldet, müssten 1,36 Mrd. Euro Zinsen jährlich aufgebracht werden. Das Markenzeichen der Sächsischen Union ist stets nur das Geld auszugeben, welches durch Einnahmen zur Verfügung steht. Daher setzt sich die CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag vehement dafür ein, eine Schuldenbremse in die sächsische Verfassung festzuschreiben.

Verantwortungsvoller Umgang mit Steuermehreinnahmen 2012

Gegenüber dem Haushaltsansatz erhöhen sich die Steuereinnahmen des Freistaates für das Jahr 2012 voraussichtlich um insgesamt 877 Mio. Euro nach der jüngst durchgeführten Steuerschätzung. 106 Mio. Euro fließen in ein Investitionsprogramm, davon 85 Mio. Euro vor allem in Kitas, Krankenhäuser, Schulhäuser und

**Investitionsprogramm
106 Mio. Euro**

**Fachförderung
85 Mio. Euro**

Kita
Krankenhäuser
Schulhausbau
Sportstätten
Altbergbau
Brachflächenrevitalisierung
Hochbau

**Sächsisches Kommunales
Investitionsprogramm
21. Mio. Euro**

Sportstätten sowie 21 Mio. Euro als Kofinanzierungsmittel für die Landkreise und kreisfreien Städte, um die Fachprogramme in Anspruch nehmen zu können. Weitere 64 Mio. Euro fließen in eine Haushaltsausgleichsrücklage, d. h. sie werden zur Vorsorge angespart. Im Doppelhaushalt 2011/2012 wurde aus den Mehreinnahmen der Steuerschätzung im November 2010 ein Investitionspaket für die Kommunen in Höhe von 142 Mio. Euro geschnürt. Der Stand des höchsten Steueraufkommens aus dem Jahre 2008 wird voraussichtlich im nächsten Jahr erreicht.